

11.37

**Abgeordnete Fiona Fiedler, BEd (NEOS):** Frau Präsidentin! Hohes Haus! Werte Frau Ministerin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseher und Zuseherinnen! Dieser letzte Sozial- und Gesundheitsausschuss hat, wie schon Kollege Kaniak zu Beginn dieser heutigen Sitzung erwähnt hat, nichts mehr mit Parlamentarismus zu tun. Der Gesundheitsausschuss und der Sozialausschuss wurden als Durchwinktermine für schwarz-grüne Husch-pfusched-Anträge verwendet.

Die Anträge wurden mit Trägerraketen in die Ausschüsse gehoben und dann mittels umfassender Abänderungsanträge ohne echte Begutachtung durchgepeitscht. Bei der ÖVP wundert mich diese parlamentarismusfeindliche Vorgehensweise nicht mehr, aber von den Grünen habe ich mir ehrlich gesagt mehr erwartet.

Beispielsweise werden mittels spontanem Abänderungsantrag Schwangere in bestimmten Berufsgruppen künftig ohne Wahlrecht sechs Monate vor der Geburt zwangsweise dienstfrei gestellt. Es geht nämlich **nicht** um einen erweiterten Mutterschutz, sondern schlicht um ein Beschäftigungsverbot ab der 14. Schwangerschaftswoche. Das veraltete Rollenbild der ÖVP tritt da wieder zutage.

Kollegin Schwarz hat vorher gerade noch beteuert, eine Frau braucht keine Anweisung, sie kann selbst auf ihren Körper hören und weiß, was sie braucht. Schwangeren aber schreiben Sie vor, dass sie nicht mehr arbeiten gehen dürfen. Vielleicht ist es ja gut gemeint, frauenpolitisch ist das aber ein absoluter Rückschritt. *(Beifall bei den NEOS.)*

An dieser Stelle möchte ich noch einmal auf den Gesundheitsausschuss zurückkommen, in dem sich Gesundheitsminister Anschöber wieder von seiner zögerlichsten Seite gezeigt hat. Konkret geht es um die diskriminierungsfreie Blutspende, denn homosexuelle Männer werden immer noch pauschal als Risikogruppe gesehen.

Nachdem der Gesundheitsminister im Oktober versprochen hat, sich des Themas anzunehmen, gab es im letzten Gesundheitsausschuss ein Expertenhearing, offiziell, um dem Ministerium eine Entscheidung zu erleichtern. Der Experte vom Roten Kreuz, Leiter der Blutspendezentrale, hat dazu gesagt, dass Eingriffe in das bestehende Schema auch dazu führen würden, das bestehende hohe Sicherheitsniveau zu gefährden. Eine Eigenrisikobeurteilung sei aus seiner Sicht sehr unzuverlässig und bringe nicht dasselbe Ergebnis. Risikogruppen seien vor langer Zeit festgemacht worden und eine wichtige Grundlage für die Bewertung und Sicherheit – „vor langer Zeit“, meinte der Experte.

Entschuldigen Sie, aber „vor langer Zeit“ ist heutzutage nicht mehr begründbar, und es wird sowieso jede Blutspende auf HIV, Syphilis und Hepatitis überprüft. Die Eigenangaben zum Kriterium zu machen, ist lächerlich. Es könnte ja jeder behaupten, dass er heterosexuell ist. Es geht also ausschließlich um die Diskriminierung, ohne auf die Fakten zu achten.

Die Grünen wissen das, sie haben ja 2015 und 2017 schon Anträge und Anfragen zu diesem Thema eingebracht. Jetzt wird tatenlos zugeschaut, wie dieser Antrag der ÖVP zuliebe wieder und wieder vertagt wird.

Normalerweise werden Expertenmeinungen dazu verwendet, ein Thema abzulehnen oder anzunehmen. In diesem Fall wurde zum dritten Mal in diesem Jahr vertagt. Wir sind aber nicht bereit, dieses Thema unter dem Teppich verschwinden zu lassen. Wir brauchen eine diskriminierungsfreie Blutspende! Sehr geehrte Grüne, sehr geehrte ÖVP, sehr geehrte Frau Ministerin, machen Sie beim Thema Blutspende zeitgemäße Politik! – Danke. *(Beifall bei den NEOS und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

11.40

**Präsidentin Doris Bures:** Nächster Redner: Herr Abgeordneter Laurenz Pöttinger. – Bitte.